

- Mbilinyi, Marjorie: This is the Big Slavery. Agribusiness, Peasant Households and the Feminisation of Agricultural Labour. Paper presented to panel on Gender and Agrarian Change: Research Directions in Africa, African Studies Association 1986 meeting, Madison, Wisconsin 1986.
- Mbilinyi, Marjorie: 'Women in Development' Ideology and the Marketplace. In: Miner, Valerie und Helen Longino (Hrsg.): *Competition. A Feminist Taboo? The Feminist Press*, New York 1987, S. 106 – 120.
- Mbilinyi, Marjorie: 'Structural Adjustment', Agribusiness and Rural Women in Tanzania. In: Bernstein, Henry et al. (eds): *The Food Question: Profit Versus People?* Earthscan Publications, London 1990, S. 111 – 124.
- Mbilinyi, Marjorie: Beyond Oppression and Crisis. A Gendered Analysis of Agrarian Structure and Change. Paper prepared for CODESIRA Workshop on Gender Analysis and African Social Science, September 16 – 21, 1991, Dakar 1991 (1991a).
- Mbilinyi, Marjorie: Big Slavery. Agribusiness and the Crisis in Women's Employment in Tanzania. Dar es Salaam University Press, Dar es Salaam 1991 (1991b).
- Moser, Caroline O. N.: *Gender Planning and Development. Theory, practice and training*. Routledge, New York 1993.
- Polisya, Mwaiseje: The Position of Women in Rungwe District. MA Diss., University of Dar es Salaam 1984.
- Rasmussen, Torben: The Green Revolution in the Southern Highlands. In: Boesen, Jannik et al. (Hrsg.): *Tanzania – Crisis and Struggle for Survival*. Scandinavian Institute of African Studies, Upsala 1986, S. 191 – 205.
- TGNP – Tanzania Gender Networking Programme: *Gender Profile of Tanzania*. Dar es Salaam 1993.
- UNICEF: *Women and Children in Tanzania: A Situation Analysis. The Government of the United Republic of Tanzania*, Dar es Salaam 1990.

Veronika Andorfer, Pezzlgasse 66/12, A-1170 Wien

Journal für Entwicklungspolitik XII/3, 1996, S. 299 – 315

Marga Mair

Ermächtigung ist kein Geschenk – Schein und Sein im Demokratisierungsprozeß in Bolivien

1. Einleitung

1.1. Lateinamerika heute – die Versöhnung der Gegensätze?

Lateinamerika in den 90er Jahren – endlich, so scheint es, ist die Periode der Diktaturen verschiedenster Art zu Ende, und die parlamentarische Demokratie tritt ihren Siegeszug an. Einige Länder gehen sogar weiter: Die BürgerInnen sollen abgesehen von ihrer Teilnahme am politischen Geschehen auf nationaler Ebene – die sich mehr oder weniger auf den Wahlakt beschränkt – die Gelegenheit haben, sich auch auf lokaler Ebene politisch zu betätigen. Die Menschen vor Ort sollen nicht mehr Entschiedenenes ausführen, sondern an den Entscheidungen selbst teilnehmen, heißt es. Aus dem Vokabular der Machthaber selbst sind Begriffe wie Eigenständigkeit, Selbstbestimmung, Gestaltung des eigenen Lebensraums etc. – vor wenigen Jahren noch als subversiv geahndet – nicht mehr wegzudenken.

„Teilnahme“ bzw. „Partizipation“ lautet die neue Zauberformel. Dieses Prinzip, das schon seit längerer Zeit erfolgreich in der Abwicklung von lokalen Entwicklungsprojekten angewandt wird, erobert den politischen Bereich. So begrüßenswert diese Tatsache auf den ersten Blick auch scheinen mag, so naiv wäre es anzunehmen, daß bei den Herrschenden ein plötzlicher Bewußtseinswandel stattgefunden hätte und sie nunmehr ihre Macht freiwillig an jene abgeben, deren Unterdrückung für sie doch so profitabel ist.¹ Weiters ist zu bedenken, daß die Tendenz zur Demokratisierung im politischen Bereich mit der Anwendung neoliberaler Prinzipien im ökonomischen einhergeht. Die damit verbundenen Strukturanpassungsprogramme treffen auch und im besonderen Maß die unteren, marginalisierten Schichten (Privatisierungen, Massenentlassungen, Kürzungen im Sozialbereich etc.). Die daraus resultierende Unzufriedenheit und Verzweiflung müßten somit den Nährboden für eine überwiegend regierungsfeindliche Stimmung bilden. Tatsächlich hat der Staat oft genug Mühe, die Situation im Griff zu behalten und

¹ Dies ist selbst in Fällen, in denen es zu tiefgreifenden personellen Veränderungen auf Regierungsebene kam, zu bedenken – letztendlich handelt es sich bei den InhaberInnen der Schlüsselpositionen doch nur ganz selten um Angehörige der marginalisierten Bevölkerungsschichten.

eine drohende Eskalation sozialer Spannungen abzuwenden. Es scheint paradox, daß ausgerechnet vor einem derartigen Hintergrund die ungeliebten Machthaber daran denken, ihre Macht zumindest teilweise an jene abzugeben, die diese Macht unter den gegebenen Umständen anzunehmenderweise doch sofort gegen sie richten müßten.

Die Widersprüche scheinen offensichtlich und doch brechen sie überraschend selten auf. Wie ist es möglich, trotz des aktuellen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Konfliktpotentials das harmonische Bild der Versöhnung der Gegensätze, des Durchbruchs der Vernunft, des friedlichen Miteinanders, der gemeinsamen Anstrengung für eine Zukunft zum Wohle aller aufrechtzuerhalten? Anhand eines konkreten Beispiels für einen Demokratisierungsprozeß, nämlich der bolivianischen Participación Popular (= P.P.), soll versucht werden, eine Antwort auf diese Frage zu finden.

1.2. Bolivien – Demokratie im Ausnahmezustand

Die bolivianische Situation präsentiert sich fast als Paradebeispiel für die oben angeschnittenen Phänomene: Seit 1985 werden im Rahmen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik radikale Strukturanpassungsprogramme durchgeführt, die immer wieder zu heftigen Protesten, Streiks etc. führen. Zum Teil können schwelende Konflikte nur gewaltsam unter Kontrolle gehalten werden. Dies gilt bis heute, denn trotz aller Bemühungen um Demokratisierung wird der Einsatz des Militärs auch jetzt noch praktiziert – die Armeepräsenz in den Kokaanbaugebieten sowie die Verhängung des Ausnahmezustands im April 1995 belegen dies ganz eindeutig.

Gleichzeitig wird in Bolivien demokratisiert: Seit 1982 gibt es regelmäßig Wahlen und seit 1994 ist das Gesetz der P.P. in Kraft und wird nun in ganz Bolivien umgesetzt. Auf den ersten Blick ist das angeblich Revolutionäre der P.P. in Bezug auf lokale Demokratie gar nicht so einfach ersichtlich, denn das neue Gesetz sieht zunächst folgendes vor: Ganz Bolivien soll in Gemeinden eingeteilt und in jeder dieser Gemeinden eine Art lokale Regierung (Junta Municipal) gewählt werden. Dies stellt an und für sich keine Neuerung dar, da diese Form der lokalen Demokratie schon seit Jahren praktiziert wird. Allerdings beschränkte sie sich früher auf das städtische Zentrum der jeweiligen Sektion (= politisch-administrative Untereinheit der Provinz). Der ländliche Raum wurde davon de facto nicht berührt. Dort bestimmten die traditionellen Institutionen, vor allem die Landgewerkschaften, das politische Leben. Wichtige indigene Strukturen, die sich stark an den Prinzipien von Solidarität und Gemeinschaft orientierten, waren vor allem in den abgelegenen Regionen bestimmend. Das soll sich nun ändern, indem der ländliche Raum in die Gemeinden integriert, d.h. den städtischen Zentren unterstellt wird.

Die Kompetenzen der lokalen Regierung erfahren aber nicht nur räumlich eine Erweiterung, sondern auch inhaltlich: Es sollen ihr sämtliche Entscheidungen über die Verwendung der lokalen finanziellen Ressourcen, unter anderem im Bildungs- und Gesundheitswesen, obliegen. Was die zur Verfügung stehenden Gelder betrifft, so stammen diese vorläufig aus dem Staatsbudget (abgesehen von einer einmaligen Weltbankhilfe) und werden unter den Gemeinden proportional zu deren EinwohnerInnenzahl aufgeteilt. Langfristig ist jedoch an eine Selbstfinanzierung durch die Gemeinden gedacht, d.h. die notwendigen Mittel sollen durch die Einhebung lokaler Steuern aufgebracht werden.

Was die Zusammensetzung der Junta Municipal betrifft, so wird diese wie vorher aus den gewählten VertreterInnen politischer Parteien bestehen. Allerdings wird sie in Zukunft in den von ihr getroffenen Entscheidungen von eigenen Instanzen, den sogenannten „Organizaciones Territoriales de Base“ (= OTBs = territoriale Basisorganisationen), kontrolliert. Diese Kontrollinstanz steht den verschiedensten Organisationen offen: NGOs, Genossenschaften, Nachbarschaftsvereinen, etc. Auf diese Art und Weise soll die Beteiligung aller am lokalen politischen Geschehen ermöglicht werden; es gilt nicht nur, jene zu wählen, die dann die Dinge in die Hand nehmen, sondern es geht auch darum, die lokalen Angelegenheiten in Eigenverantwortung zu bewältigen.

In Summe scheint es sich zunächst also um ein fortschrittliches Demokratiekonzept zu handeln, das hier von staatlicher Seite propagiert wird: Ein Schritt in Richtung einer neuen, stärkeren Zivilgesellschaft, der Verantwortung und Macht übertragen werden. Umso mehr macht es aber stutzig, daß parallel zu diesen Bemühungen der Staat auch auf ganz gegensätzliche Strategien, wie eben Militäreinsatz oder die mit dem Ausnahmezustand verbundenen Maßnahmen, zurückgreift. Diese zielen ja offensichtlich auf Kontrolle und Disziplinierung der BürgerInnen ab. Angesichts dieser Tatsachen stellt sich fast zwangsläufig die folgende Frage: Bedeutet die Demokratisierung in Bolivien tatsächlich das, womit dieser Begriff assoziiert wird – etwa Selbstbestimmung, Ermächtigung, Gerechtigkeit, Allgemeinwohl etc.? Oder ist es möglich, daß Demokratisierung nicht unbedingt mit Befreiung bzw. Ermächtigung gleichzusetzen ist, sondern auch Kontrolle und Beherrschung bedeuten kann?

Bei Betrachtung der widersprüchlichen Realität Boliviens im Zusammenhang mit der P.P. taucht der zaghafte Verdacht auf, daß hier nicht Demokratie realisiert, sondern vielmehr inszeniert wird. Ein Verdacht, der gerade von jenen geäußert wird, die die Diktatur am hartnäckigsten bekämpften: einige NGOs bzw. Teile der Bauernorganisationen. Von offizieller Seite wird versucht, diese Ablehnung als irrationale Trotzreaktion – wider besseres Wissen der GegnerInnen, die angeblich prinzipiell allen Vorschlägen aus Regierungskreisen Widerstand entgegensetzen würden – hinzustellen. Mit einer solchen be-

quemen Erklärung macht man es sich aber wohl doch etwas zu leicht, denn die Bedenken der GegnerInnen basieren durchaus auf fundierten, nachvollziehbaren Überlegungen. Sie setzen vor allem an der Tatsache an, daß die P.P. nicht nur *eine*, sondern eine ganze Palette von Interpretations- und Umsetzungsmöglichkeiten zuläßt. Darunter finden sich nun aber auch solche Varianten, die in keiner Weise der schmeichelhaften Version, die von offizieller Seite präsentiert wird, entsprechen. Und sehr schnell wird dann das, was auf den ersten Blick als *die* Chance der Machtlosen scheint, zur Gefahr: P.P. nicht als Ermächtigung, sondern als perfektionierte Form der Entmachtung.

Dies wird im folgenden beispielhaft aufgezeigt, wobei zunächst in einem Abschnitt die Gefahren, anschließend daran aber auch die Chancen der P.P. dargestellt werden.²

2. Participación Popular – ein trojanisches Pferd für die Machtlosen ...?

Zunächst ist hier festzuhalten, daß es in gewisser Hinsicht nicht unbedingt treffend ist, im Zusammenhang mit der P.P. von Demokratisierung zu sprechen: Bolivien ist ja an und für sich eine Demokratie. Korrekterweise handelt es sich bei der P.P. also eigentlich um eine Dezentralisierung der Demokratie, d.h. die Anwendung demokratischer Prinzipien auch auf lokaler Ebene. Wenn nun aber eine bereits auf nationaler Ebene vorhandene Demokratie dezentralisiert wird, so stellt sich die Frage, wie sich dieses bestehende demokratische System charakterisieren ließe. Es gibt seit den 50er Jahren das allgemeine Wahlrecht, das auch weitgehend ausgeübt wird – aber damit erschöpft sich auch schon für große Teile der Bevölkerung ihr politisches Engagement. Diese Menschen üben Macht nicht aus, sie geben sie ab – ebenso wie der Akt der Stimmabgabe durchaus im ganz wörtlichen Sinn verstanden werden kann: die Menschen geben ihre Stimme ab und lassen andere für sich sprechen und entscheiden. Diese abgegebene Macht konzentriert sich bei den VertreterInnen der diversen politischen Parteien und tritt den BürgerInnen wieder gegenüber in Form der zentralen Staatsmacht. Eine Dezentralisierung dieser „Demokratie“-Form würde also im wesentlichen eine Dezentralisierung der Staats- bzw. Regierungsmacht und nicht so sehr die Ermächtigung des Volkes implizieren. Und im Grunde ist bei der P.P. auch gerade das vorzufinden: Es werden lokale Regierungen gebildet, also wiederum an VertreterInnen politischer Parteien Stimme und

² Es sei an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Beurteilung der P.P. als Gefahr bzw. als Chance aus der Perspektive der andinen Dorfgemeinschaften erfolgt – also aus der Sicht einer Bevölkerungsgruppe, die im offiziellen System Boliviens eindeutig zu den Marginalisierten bzw. Machtlosen zu rechnen ist.

Macht abgetreten. Eine derartige Betrachtungsweise mag zunächst befremden und als theoretische Schwarzmalerei zurückgewiesen werden, doch auch die im folgenden angeführten Überlegungen und Tatsachen bestätigen leider diese pessimistische Einschätzung.

2.1. Participación Popular als Zähmung von (Gegen-)Macht

Dem Konzept einer pluralistischen Demokratie, das für die offizielle Version der P.P. Pate gestanden hat, liegt laut Dahl (1967, S. 24) folgende Überlegung zugrunde: „Because one center of power is set against another, power itself will be tamed, civilized, controlled, and limited to decent human purposes, ...“ Die angesprochene Vielfalt kleiner Machtzentren ist in Bolivien Realität. Sie ist kein großzügiges Zugeständnis, sondern ihre Berücksichtigung in einem Dezentralisierungskonzept bedeutet im Grunde eher das Anerkennen eines bestehenden Machtpotentials. Die Machthaber sind sich dessen sehr wohl bewußt – die panische Angst, mit der sie jede Bewegung der Unterdrückten verfolgen, erklärt sich eben aus dem Wissen um das ungeheure Potential, das eines Tages freigesetzt werden könnte und nicht mehr kontrollierbar wäre. Bislang wird es ja meist nur in Ansätzen genutzt, d.h. zumindest nicht als offener Widerstand. Abgesehen von diesem gibt es aber noch unzählige Formen und Möglichkeiten, Widerstand zu leisten. Scott (1990) hat diese in seinem Werk „Domination and the Arts of Resistance“ überzeugend beschrieben. Vor dem Hintergrund eines latent immer vorhandenen Machtpotentials ist es aus Sicht der Unterdrücker eine durchaus kluge Strategie, dieses Potential zu zähmen, indem dessen TrägerInnen in kleine Einheiten gespalten und dann gegeneinander ausgespielt werden.

In diesem Sinne geht es weniger um das Dezentralisieren bzw. das Schaffen vieler kleiner Machtzentren, sondern um deren „Zähmung“ und Kontrollierbarkeit. Genau das passiert im Rahmen der P.P.: Hier erfolgt zunächst einmal die Festlegung der politisch-administrativen Einheiten (= municipalización), die einer lokalen Regierung unterstehen sollen. Die dafür gültigen Grenzen werden vielfach willkürlich gezogen, was insbesondere für den ländlichen Raum tiefgreifende Konsequenzen hat. Dieser ist nämlich bislang zum Teil anderen Gesetzen bzw. einer anderen Logik gefolgt und wird nun unter den verschiedenen „städtischen“ Zentren aufgeteilt und unter deren Hoheit gestellt. Die Machtzentren, die die „municipalización“ schafft, stellen also vielfach künstliche Einheiten dar, die teilweise in sich sehr wenig homogen (im Sinne gleicher Zugangsmöglichkeiten zu Machtpositionen) sind (Vargas 1994). Doch auch im Falle mehr oder weniger homogener Einheiten kommt das Prinzip des Teilens zum Tragen – die Menschen bzw. die Machtlosen werden streng auf einzelne Gemeinden aufgeteilt, die

nun gegeneinander ausgespielt werden: Es geht ja um die Verteilung finanzieller Ressourcen.

Dies leitet zum zweiten Aspekt der Dezentralisierung über – denn wenn sich zwei streiten, freut sich bekanntlich der dritte. Bei Dahl ist zwar die Rede von mehreren Machtzentren, die sich idealerweise in gleichwertigen Ausgangssituationen befinden und einander zähmen. Unabhängig von den kleinen Machtzentren gibt es aber etwas Übergeordnetes, eine Instanz, die offensichtlich ein Interesse daran hat zu „zähmen“, zu „zivilisieren“ und zu „kontrollieren“: den Zentralstaat. BefürworterInnen der P.P. mögen zwar anführen, daß hier zumindest ein Anfang gemacht wird: daß nämlich endlich – dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum – die Leute vor Ort entscheiden können, wie sie die finanziellen Mittel verwenden, im Grunde also welche Art von Entwicklung sie verfolgen wollen: Sicherlich dürfen nun die Menschen – oder korrekt: die lokalen Regierungen – entscheiden, ob und wie sie einen Gesundheitsposten, eine Schule oder eine Mühle, etc. haben wollen. Diese Entscheidungen werden jedoch ganz wesentlich von den Bedingungen geprägt, die durch die Politik auf nationaler Ebene gesetzt werden. So stellen sich etwa folgende Fragen: Ist es wirklich als Erweiterung lokaler Kompetenzen zu werten, wenn der Staat Kürzungen im Sozialbereich dadurch „ausgleicht“, daß die reduzierten Mittel nun nach lokalen Vorstellungen verwendet werden? Kann man überhaupt von selbstbestimmter Entwicklung im ländlichen Bereich sprechen, wenn die Öffnung der Märkte eine Orientierung an lokalen Bedürfnissen unmöglich macht und vielmehr die Anpassung an Nachfrage und Angebot unter weltweiten Wettbewerbsbedingungen erfordert? Die entscheidenden Rahmenbedingungen werden von außen bzw. von oben festgelegt, während sich die Gemeinden auf der Suche nach der optimalen Anpassungs- bzw. Ausgleichsstrategie und im gegenseitigen Kampf um finanzielle Mittel aufreiben.

Bereits angesichts oben dargelegter Umstände erscheint die P.P. als Farce, als Schaffung einer Bühne, auf der ein bißchen Demokratie gespielt werden darf. Sobald die SchauspielerInnen jedoch ihre eng begrenzte Bühne verlassen – sozusagen ins wirkliche Leben treten –, werden sie zu bedeutungslosen StatistInnen, denen ein Drehbuch aufgezwungen wird, zu dem sie nie um ihre Meinung gefragt wurden, geschweige denn, daß sie daran mitgeschrieben hätten. Bei oberflächlicher Betrachtung erwecken die Bühnen aber möglicherweise den Eindruck – und zwar sowohl für die SchauspielerInnen als auch für das Publikum –, daß hier tatsächlich bedeutende Entscheidungen getroffen werden, daß Selbstbestimmung eine Realität ist. Hiemit ist also schon ein weiterer zentraler Punkt angesprochen: es geht nicht nur darum zu (teilen und zu) herrschen, sondern auch darum, die Herrschaft so auszuüben, daß sich die zu Beherrschenden dabei nicht als Unfreie, Unterdrückte, Kontrollierte, etc. fühlen bzw. auch externe Beobach-

terInnen nicht diesen Eindruck gewinnen, weshalb auch auf die Aufrechterhaltung eines demokratischen Anscheins so viel Wert gelegt wird.

2.2. Latente Machtbeziehungen – ein Blick hinter die demokratische Fassade

Demokratie definiert sich grundsätzlich sowohl nach formalen als auch nach inhaltlichen Kriterien. Zu beurteilen, inwiefern diese Kriterien in einem konkreten Fall erfüllt sind, stellt für Außenstehende vielfach ein Problem dar. Sie sind mit dem sozialen, wirtschaftlichen etc. Hintergrund der verschiedenen Beteiligten nur wenig oder gar nicht vertraut. Daher ist es relativ schwierig festzustellen, ob Entscheidungen tatsächlich im Sinne aller gefällt werden, ob und wie Anliegen sozial schwacher Gruppen berücksichtigt werden etc. Auf diese Problematik mag es größtenteils zurückzuführen sein, daß in vielen Fällen für die Beurteilung demokratischer Einrichtungen letzten Endes nur formale Kriterien herangezogen werden. Dieser Maßstab ist zwar relativ einfach zu handhaben – etwa indem festgestellt wird, wer nach welchen Kriterien wie stark vertreten ist, ob ein Vetorecht existiert etc. –, doch kann eine Beschränkung auf das Formale auch zu gefährlichen Trugschlüssen führen: Denn hier werden latente Machtbeziehungen jeder Art geleugnet, was im folgenden näher erläutert werden soll.

Es ist häufig die Meinung anzutreffen, daß Demokratie in bezug auf inhaltliche Kriterien über formale Auflagen garantiert werden könne, was z.B. auch in folgender Aussage von Dahl (1967, S. 24) zum Ausdruck kommt: „Because even minorities are provided with opportunities to veto solutions they strongly object to, the consent of all will be won in the long run.“ Die Lösung des Problems scheint also kinderleicht. Nur wird hier eine entscheidende Tatsache ganz einfach ignoriert: Auf lokaler Ebene treffen die einzelnen Gruppen bzw. Individuen, deren Interessen durch demokratische Prinzipien gewahrt und miteinander in Einklang gebracht werden sollen, nicht erst in den politischen Gremien aufeinander. Vielmehr sind sie in ein komplexes Gefüge der verschiedensten Beziehungen untereinander eingebettet und darin auf eine bestimmte Position und Rolle festgeschrieben. In diesen Beziehungsgefügen sind bei genauerer Betrachtung oft eklatante Machtgefälle festzustellen, welche gerade auf lokalem Niveau sehr starken Einfluß auf die angeblich demokratische Entscheidungsfindung ausüben können. Hier begegnen sich nicht diffuse Welten in relativer Anonymität (z.B. die Kleinbauern und die Händler), sondern ganz konkrete Personen (z.B. der Kleinbauer x und der Händler y). In Entscheidungsgremien nach demokratischen Prinzipien werden die damit im Zusammenhang stehenden Abhängigkeiten zwar nicht angesprochen, latent sind sie jedoch umso stärker

vorhanden. Dies kann leider den Augen einer außenstehenden Person angesichts von so viel Meinungsfreiheit, Vetorecht, Stimmgleichheit etc. leicht entgehen. Im Grunde genommen mag daher eine Entscheidungsfindung formal alle Anforderungen an eine demokratische Vorgangsweise erfüllen, und trotzdem werden die Entscheidungen im Sinne der Mächtigen gefällt werden. Sehr treffend beschrieben – wenn auch in bezug auf Afrika – wird dieses Phänomen von Aké (1994, S. 73): „Im Gegensatz zur Emanzipation legitimiert er [der Begriff Demokratie] die Machtlosigkeit der Menschen in Afrika, so daß es ihnen vielleicht noch schlechter als vorher geht, als ihre Machtlosigkeit wenigstens noch als Problem angesehen wurde. Heute ist sie verschleiert.“

Dies sei ganz konkret anhand des Consejo Provincial de Desarrollo in Mizque (eine Art Modellversuch der P.P.) geschildert (siehe dazu auch Mair 1996, S. 174 ff.). Dominantes Element ist in diesem Fall CEDEAGRO (= Centro de Desarrollo Agropecuario), eine NGO, die in der Region im Bereich ländliche Entwicklung agiert. Rein formal stellt sie nur *eine* der dort vertretenen Gruppierungen dar. Als weitere sind zu nennen: die lokale Regierung, vertreten durch den Bürgermeister (gleichzeitig Direktor von CEDEAGRO), das Comité Cívico, vertreten durch dessen Präsident (gleichzeitig Angestellter von CEDEAGRO), den Subpräfekten (befreundet mit dem Direktor von CEDEAGRO), andere NGOs (die mit CEDEAGRO zusammenarbeiten), die LehrerInnenorganisation (CEDEAGRO baut Schulen) und die Bauernorganisation (die Projektpartner von CEDEAGRO).

Es mag stimmen, daß der „Consejo“ eigentlich ins Leben gerufen wurde, damit alle Bevölkerungsgruppen der Provinz Mizque ihre Vorstellungen und Interessen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung einbringen bzw. für die Region relevante Fragen diskutieren können. Dies scheint ja auf den ersten Blick durch die Zusammensetzung des „Consejo“ auch gewährleistet zu sein. Wenn man jedoch oben geschilderte Beziehungen zwischen den Akteuren berücksichtigt, erscheint das ganze doch in einem ziemlich anderen Licht. Im Endeffekt treten gerade diejenigen, denen hier nach der offiziellen Version endlich eine Chance gegeben werden sollte, ihre Zukunft selbst zu bestimmen – nämlich die Bauern –, kaum als eigenständige Akteure auf: und schon gar nicht gegen die NGO, die letztlich über die Vergabe von Projektmitteln entscheidet.

Latente Machtbeziehungen beschränken sich aber nicht nur auf die eben geschilderte direkte bzw. persönliche Variante. Vielmehr kommen bestehende Machtgefälle auch in wesentlich subtilerer Form zum Tragen. Dazu zählt vor allem, wer bestimmt, was als Institution demokratischer Entscheidungsfindung anerkannt bzw. auch worüber entschieden wird. Nach Clegg (1989) handelt es sich dabei um die Festlegung der organisatorischen und der diskursiven Felder (vgl. Novy in diesem Heft). Wie tiefgreifend die Defini-

tionsmacht hinsichtlich dieser Felder die Entscheidungsfindung bzw. die Teilnahme daran beeinflusst, sei hier konkret am Beispiel der P.P. und des Consejo erklärt.

So läßt sich im Falle der P.P. die lokale Regierung samt OTB als organisatorisches Feld ausmachen. Für westliche Augen ist das auch durchaus nichts Außergewöhnliches, sondern *das* organisatorische Feld im lokalen Entwicklungsprozeß schlechthin. Die Situation des ländlichen Raums in Bolivien stellt sich aber teilweise bis heute ganz anders dar. Besonders in sehr abgeschieden gelegenen Dörfern konnte sich nie wirklich das offizielle bolivianische Rechtssystem durchsetzen. Vielmehr verfügen diese Regionen z.T. noch über ganz andere Strukturen und Instanzen, die das Leben in der Dorfgemeinschaft regeln. Es handelt sich zwar nicht mehr um tatsächlich authentische – im Sinne von prähispanischen – Formen des politischen Lebens; trotzdem sind aber gewisse traditionelle Prinzipien nicht verlorengegangen. So hat etwa vielfach die Bauernorganisation – als aktuelle offizielle Vertretungsinstanz der Dorfgemeinschaften – die Aufgaben traditioneller Autoritäten übernommen. Es ist somit ein Irrtum zu glauben, daß in den andinen Dorfgemeinschaften ein rechtsfreier Raum bestehe, nur weil sie nicht von den offiziellen gesetzlichen Regelungen und Normen durchdrungen sind. Vielmehr besteht in zahlreichen Fällen ein Freiraum, in dem nach einer anderen Logik entschieden und gelebt werden kann (vgl. dazu auch Regalsky 1994, Temple 1989, Mair 1996).

Nun ordnet aber, wie bereits erwähnt, die P.P. durch die „municipalización“ die Dorfgemeinschaft den „städtischen“ Zentren unter, wo als Schlüsselorganisation des organisatorischen Feldes die lokale Regierung anzutreffen ist. Damit verlieren alle anderen Instanzen der Entscheidungsfindung ihre Bedeutung: wer mitreden will, hat sich entweder auf das Wählen oder – in der OTB – auf das Kontrollieren zu beschränken. Falls sich jemand aktiv beteiligen will, so muß er/sie einer Partei angehören bzw. eine gründen, was die Erfüllung einer Reihe von Auflagen zur Voraussetzung hat.³ Dies wiederum ist für bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund ihres Bildungsstands, ihrer Sprach- und Kulturzugehörigkeit etc. wesentlich einfacher als für andere. Somit wird die Parteilichkeit als Voraussetzung für eine aktive Mitbestimmung zu einem eleganten Mittel, den Zugang bestimmter Bevölkerungsgruppen zur Entscheidungsfindung zu begünstigen bzw. zu erschweren.

Ein weiterer Aspekt indirekter Machtverhältnisse liegt in den diskursiven Feldern. Nehmen wir an, daß in einem Dorf Entscheidungen bezüglich der zukünftigen lokalen Entwicklung getroffen werden sollen. Selbst unter der bereits optimistischen Annahme, daß alle Bevölkerungsgruppen in der loka-

³ Dies gilt im übrigen auch für die Anerkennung als OTB; auch hier müssen bestimmte extern festgelegte Kriterien erfüllt sein, um als solche genehmigt zu werden.

len Regierung vertreten sind, werden die Themen, die dort aufgegriffen bzw. wie sie dann entschieden werden, von einigen wenigen bestimmt werden. Dies liegt nicht nur an direkten Machtbeziehungen (vgl. oben), sondern auch ganz einfach an der Sprachlosigkeit der marginalisierten Gruppen in bezug auf die Sprache der offiziellen Politik. So sind zum einen im offiziellen Entwicklungsdiskurs Begriffe wie „andine Kultur“, „indigene Bevölkerung“ etc. zwar manchmal schmückendes Beiwerk, aber keine wirklichen Themen.

Zum anderen ist die Sprache der offiziellen Politik Spanisch, die Muttersprache (und vielfach die einzige, die sie beherrschen) der ländlichen Bevölkerung aber eine andere – im Falle Mizques Quechua. Diese Tatsache ist von immenser Bedeutung, was Aké (1994, S. 66) recht treffend formuliert: „Um am politischen Wettbewerb teilnehmen zu können, war das Beherrschen dieser (der offiziellen) Sprache Bedingung. Sie war Voraussetzung, um die Auseinandersetzung um Begriffe, politische Symbole und Werte wirksam führen zu können. So wurde eine Machthierarchie geschaffen, an deren Spitze diejenigen standen, die die Sprache beherrschten und den Rest der Gesellschaft nicht nur in eine untergeordnete, sondern auch in eine entmündigte Stellung drängten.“ Im Grunde genommen fehlen also ganz einfach auch die Begriffe, die Sprache für das, was von Seite der Bauern zum Entwicklungsdiskurs eingebracht werden könnte (dies gilt im übrigen in noch viel stärkerem Ausmaß für die Bäuerinnen!), denn dieser wurde ja bislang immer nur anhand von westlichen Kategorien und somit auf Spanisch geführt.

In Summe machen diese Ausführungen meiner Meinung nach klar, daß die Voraussetzungen für eine Entwicklung, die tatsächlich auf einem demokratischen Konsens beruht, nicht vielversprechend sind. Umso mehr aber drängt sich die Frage auf, warum dann der bolivianische Staat soviel Aufwand treibt, um die P.P. in die Realität umzusetzen, wo der Effekt doch anzunehmenderweise ein sehr geringer sein wird. Und genau hier liegt wahrscheinlich der springende Punkt: Wie präsentiert sich die ganze Sache, wenn wir einmal die naheliegendste Annahme – nämlich daß der Effekt eines Demokratisierungsprozesses die Stärkung demokratischer Prinzipien für alle bedeuten sollte – beiseite lassen, und vielmehr die Vermutung aussprechen, daß der wirklich von staatlicher Seite angestrebte Effekt ein ganz anderer ist? Diesem Gedanken soll im folgenden nachgegangen werden.

2.3. Participación Popular als hegemoniale Regierungsform unter neo-liberalen Bedingungen

Das Einschwenken auf einen neoliberalen Wirtschaftskurs hat zu zahlreichen sozialen Spannungen geführt bzw. vorhandene verstärkt. Bislang ist

es dem Staat zwar immer noch gelungen, das Ausufern der Konflikte zu vermeiden – einerseits durch Zugeständnisse, vor allem aber durch die Androhung bzw. Anwendung von Gewalt. Letzteres ist eine kurzfristig wirksame Strategie, die den Nachteil hat, daß sie einen hohen Aufwand durch den Staat erfordert und gleichzeitig mittlerweile international verpönt ist. Vor allem aber wirkt sie nur an der Oberfläche: Sie verhindert zwar offenen Widerstand, was aber nicht gleichzusetzen ist mit Zustimmung zur staatlichen Politik. So werden staatliche Maßnahmen von der Bevölkerung nicht mitgetragen, sondern permanent unterlaufen. Gleichzeitig wächst ständig die Ablehnung gegen den repressiven Staat. In diesem Sinne ist Gewalt ineffizient – und das kann sich ein Staat, der sich einem neoliberalen Programm verschrieben hat, nicht leisten. Er muß seine Legitimation auf eine andere Basis stellen, nämlich auf die Herstellung von Zustimmung durch Konsens (vgl. Novys Überlegungen zu Gramsci in diesem Heft).

Im Rahmen der P.P. hat der Staat weiterhin die verfügende Macht – nämlich die Macht, die organisatorischen und vielfach auch die diskursiven Felder festzulegen. Das Einbringen und vor allem das Durchsetzen von Anliegen marginalisierter Bevölkerungsgruppen wird so weitgehend auf ein für die Herrschenden erträgliches Minimum reduziert. Gleichzeitig nimmt der Anschein einer demokratischen Vorgehensweise jedweder Opposition den Wind aus den Segeln – es darf ja jeder mitbestimmen, z.T. entscheiden, z.T. zumindest kontrollieren. GegnerInnen, die dem Staat Repression vorwerfen, können somit leicht als ewige KritisiererInnen, deren Argumente angesichts der allgemeinen Demokratie nicht mehr haltbar sind, hingestellt werden. Die Illusion der Selbstbestimmung läßt Widerstand als absurd erscheinen.

Somit erlaubt die (Schein-)Demokratisierung jene Energien, in denen ein beachtliches Machtpotential schlummert, in geordnete Bahnen zu lenken, sie zu disziplinieren – oder wie Rahnama (1993, S. 269) formuliert: „... die potentielle Gefahr von unten soll in ein weiteres Mittel der Lenkung von oben verwandelt werden.“ Wenn dies gelingt, so ist es nicht mehr notwendig – oder nur mehr in eingeschränktem Maße –, Gewalt anzuwenden. Keine Regierung macht sich die Hände schmutzig, wenn sie Mitbestimmung – auch wenn es sich nur um eine Illusion handelt – forciert. Es macht sich wesentlich besser, wenn Kontrolle mit „friedlichen“ Mitteln bewerkstelligt werden kann. Die von Hippler (1994, S. 32) in diesem Zusammenhang aufgestellte Behauptung bringt die Sache auf den Punkt: „Letztlich geht es nicht um den militärischen Sieg, sondern um die Kontrolle der Bevölkerung.“

Diese Scheindemokratie entspricht genau jenem Konzept, das von Laakso (1994, S. 212) als institutionelle – im Gegensatz zur substantiellen – Demokratie definiert wird. Hier geht es nicht um Ermächtigung bzw. Volksmacht, sondern um „Funktionalität und Effektivität. In dieser instrumentellen Auffassung wird Demokratie zur rationellen Form des Regierens in moder-

nen Gesellschaften.“ Noch deutlicher formuliert es Hippler (1994, S. 27), wenn er gleich auch noch durchblicken läßt, daß die moderne Gesellschaft in erster Linie durch die Wirtschaft bestimmt wird, was in bezug auf die Demokratisierung in Entwicklungsländern im Klartext heißt: „Erneut sind die Öffnung der Märkte – für den Westen, für wen sonst? – und die Privatisierung der Ökonomie die Hauptkriterien, erst dann geht es um Demokratie. Und es geht um deren bessere ‚Funktionsfähigkeit‘, nicht um die demokratische Substanz. (...) ... Demokratisierung (ist) hier nur eine instrumentelle Übung, die marktwirtschaftliche Reformen flankiert und ergänzt.“

Schließlich werden Energien durch kontrollierte Partizipation nicht nur gebündelt, sondern gleichzeitig auch kanalisiert. Und zwar in jene Bereiche, in denen Staat und Wirtschaft auf eine aktive, tatkräftige Mitarbeit angewiesen sind – nämlich vor allem im Sozialbereich, wo Engagement vor Ort die Budgetkürzungen ausgleichen soll. In diesem Sinne findet auch eine Art Entlastung des Staates statt – soziale Verantwortung wird vom Zentralstaat nach unten abgegeben. Dies ist nicht prinzipiell abzulehnen, doch muß man sich vergegenwärtigen, daß es sich hierbei um eine Art Externalisierung von Kosten handelt: Letztendlich wird die Notwendigkeit bestimmter sozialer Einrichtungen ja gerade durch die (Wirtschafts-)Politik der Regierung verursacht.

Im Zusammenhang mit der Entlastung des Staates muß auch auf die zukünftig geplante Selbstfinanzierung durch die Gemeinden hingewiesen werden. Hier zieht sich der (Zentral-)Staat – finanziell wie symbolisch – elegant aus der Affäre: Werden zuwenig Mittel aufgebracht bzw. passiert nichts in Sachen „Entwicklung“, so können nicht mehr „die da oben“ verantwortlich gemacht werden – auch wenn wie erwähnt nationale Politik sehr wohl Einfluß auf die lokale Ebene nimmt.

3. ... oder eine Achillesferse der Herrschenden?

Nach Darlegung all dieser Argumente, die die Kritik an der P.P. untermauern, sei nun aber darauf hingewiesen, daß dennoch auch eine Chance darin liegt. Dies in zweierlei Hinsicht:

3.1. Alternative Demokratieformen

Zunächst mag die allgemeine Stimmung, die Demokratisierung so hoch leben läßt, auch anderen – im Sinne von nicht-westlichen – Demokratieformen Auftrieb geben. Dies könnte bedeuten, daß eine verstärkte Motivation für marginalisierte Bevölkerungsgruppen besteht, um die Anerkennung al-

ternativer organisatorischer und diskursiver Felder zu kämpfen. NGOs können hier einen wesentlichen Beitrag leisten.⁴ Als Beispiel für die zahlreichen Möglichkeiten sei CENDA (Centro de Comunicación y Desarrollo Andino), ebenfalls eine in der Provinz Mizque tätige NGO, angeführt.

Diese versucht, die Dorfgemeinschaft als organisatorisches Feld zu stärken bzw. ein diskursives Feld für Anliegen wie andine Kultur, Ethnoentwicklung etc. zu schaffen (Mair 1996). Der Schwerpunkt Cendas liegt nach seinem Selbstverständnis im Bildungsbereich. Es sei klargestellt, daß diese Bildung mit dem herkömmlichen Anhäufen externen Wissens nichts gemein hat. Vielmehr handelt es sich um eine Bildung im Sinne Freires, wie dieser sie in seinem Werk „Pädagogik der Unterdrückten“ (1971) vertritt: Es geht vor allem darum, jene Fähigkeiten der Menschen zu wecken bzw. zu fördern, die für ein selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Handeln Voraussetzung sind. Dazu zählen die Fähigkeiten, die eigene Realität zu problematisieren, zu reflektieren, mögliche Lösungen zu entwickeln und gegeneinander abzuwägen sowie deren Umsetzung. Statt eines spezifischen Fachwissens wird also ein grundlegendes Lebens-Wissen forciert – die Fähigkeit bzw. das *Vermögen*, mit denen das eigene Leben in der Vielfalt seiner Situationen bewältigt und gestaltet werden kann.

Bereits der Ausdruck „Vermögen“ deutet auf einen Zusammenhang mit Macht hin. Und es ist wohl kein Zufall, daß Cenda selbst diesen Bildungsprozeß unter dem Begriff „capacitación“ zusammenfaßt. Wortwörtlich wäre dies mit „Befähigung“ zu übersetzen; sinngemäß jedoch ist die „capacitación“ am ehesten mit dem Konzept des Empowerment zu vergleichen, so wie es Staub-Bernasconi (1989, zitiert in Menne 1994, S. 66) definiert: „Ermächtigung sei dann als Prozeß definiert ..., Macht-Quellen wahrzunehmen und für bestimmte Ziele zu nutzen: Einerseits für den Schutz wie für die Ausdehnung des Denk- und Handlungsspielraums von machtmäßig Abhängigen, andererseits für die Begrenzung der Mächtigen.“

Die Arbeit Cendas eröffnet eben diese Freiräume des Denkens und Handelns: In den betreffenden Dorfgemeinschaften ergibt sich plötzlich eine Situation, in der der ständige ideologische und z.T. auch der wirtschaftliche Druck von außen in Richtung Modernisierung im politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Bereich vorübergehend wegfällt. In diesem geschützten Raum wird es möglich, die aktuellen Probleme zu analysieren sowie Lösungswege im Einklang mit dem eigenen kulturellen Hintergrund zu suchen und umzusetzen. Es bietet sich somit für die betroffenen Menschen selbst eine Gelegenheit, sich kritisch mit einzelnen Elementen ihrer Kultur ausein-

⁴ Es soll allerdings an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß NGOs nicht per definitionem dem Prozeß der tatsächlichen Ermächtigung zuneigen (vgl. das oben angeführte Beispiel CEDEAGROS, siehe dazu auch Mair 1996).

anderssetzen, sie wiederbeleben bzw. modifizieren zu können.⁵ Ermächtigung bedeutet ja nicht Konservierung; aber sehr wohl das Recht, selbst über den hinkünftigen Weg zu entscheiden.

Und dieser Weg beinhaltet unter anderem auch das lokale politische System. Dieses spielt sich zwar abseits von Parteipolitik ab, kann dem offiziellen System aber in Sachen Demokratie durchaus überlegen sein: Die Bauernorganisation – bestehend aus den Vertretern jeder einzelnen Familie der Dorfgemeinschaft – wählt ihre Führungsschicht alle zwei Jahre. Diese ist der Dorfgemeinschaft verantwortlich – Amtsmißbrauch kann zu sofortiger Absetzung führen. Davon abgesehen werden Entscheidungen generell in Vollversammlungen, die ein- bis zweiwöchentlich stattfinden, gefällt. Die Mehrzahl der zur Entscheidung anfallenden Probleme werden dort solange diskutiert und modifiziert, bis sie einstimmig entschieden werden können; das Mehrheitsprinzip kommt dementsprechend nur selten zum Tragen (vgl. Iriarte 1980).

Diese Institution – die zugegebenermaßen nicht immer so vorbildhaft funktioniert wie eben geschildert – ist im ländlichen Raum also sicherlich eine Alternative zur lokalen Regierung der P.P. Es wäre also zu hoffen, daß es den Dorfgemeinschaften gelingt, das allgemeine Gerede über Demokratie für eine Aufwertung dieser für die andine Dorfgemeinschaft spezifischen Form des politischen Lebens zu nützen. Bislang hat es ja eher den Anschein, daß ihnen durch die P.P. wesentliche Kompetenzen entzogen werden.

Die große Herausforderung – auch und besonders für die NGOs – liegt aber nicht so sehr im lokal begrenzten Bereich, auch wenn sich dort die Projektarbeit konzentriert. Für Menschen bzw. Organisationen, die ernsthaft an einer Ermächtigung interessiert sind, ist es ein unausweichliches Muß, über die lokale Ebene hinauszugehen. Sonst laufen sie sehr schnell Gefahr, nicht lebendige lokale Räume, sondern vielmehr lokale Reservate zu schaffen, deren „Paradies“-Charakter mit einer absoluten Bedeutungslosigkeit in bezug auf die sie umgebende Wirklichkeit erkaufte wird. Oder wie Friedmann (1992, S. 31) es formuliert: „Without this quantum leap from the local to the global, alternative development remains encapsulated within a highly restrictive system of power, unable to break through to the genuine development it seeks.“ Dies ist der Schwachpunkt vieler der zur Zeit existierenden alternativen organisatorischen Felder. Aufbauend auf eine letztendlich jahrhundertalte lokale Tradition des politischen Handelns⁶ ist deren Wiederbe-

5 Der ideologische Druck von außen, d.h. vom offiziellen System, nach dem das Leben in den Dorfgemeinschaften als statisches, hierarchisches Überbleibsel längst vergangener Zeiten abgetan wird, wirkt sich ja in zweifacher Hinsicht negativ auf die Dorfgemeinschaften aus: Einerseits verleitet er viele Menschen dazu, ihre kulturellen Wurzeln total zu verleugnen, andererseits bewirkt er auch das andere Extrem, nämlich das krampfhaft und wahllose Konservieren aller traditionellen Elemente.

6 Wozu abgesehen von prähispanischen Formen des politischen Handelns auch die ver-

lebung, Stärkung bzw. Weiterentwicklung in lokalen Projekten noch vergleichsweise einfach. Die Dorfgemeinschaften sind jedoch Teil des Nationalstaats Bolivien bzw. sind angesichts der fortschreitenden Globalisierung (der Märkte) in ein weltweites Wirkungsgefüge eingebunden.

Auf nationaler und globaler Ebene müssen Alternativen zum herkömmlichen organisatorischen Feld der parlamentarischen Demokratie aber erst entwickelt werden. Es existieren zwar bereits einige Ideen, die jedoch noch recht diffus und weit von einer Realisierung entfernt sind. Dazu zählt etwa auch die Idee der „Naciones Originarias“ (= die „ursprünglichen bzw. indigenen Völker“), die die indigenen Völker – überstaatlich – vereinen will. Dies bedeutet auch, Institutionen zu schaffen, in und mit denen indigene Gruppen ihre Anliegen diskutieren, entscheiden und umsetzen können.⁷

3.2. Die Umkehrung der Vereinnahmung

Die zweite Möglichkeit, mit der die Machtlosen die P.P. für sich nützen können, besteht darin, sie für sich zu vereinnahmen. Dies stellt im wesentlichen eine Strategie dar, die eher von Seiten der Mächtigen praktiziert wird⁸. Diese Vorgangsweise bietet sich nun prinzipiell auch für die Machtlosen an. In bezug auf die P.P. gibt es dafür auch ein real existierendes Beispiel. So wurde im Jahre 1995 die „Asamblea por la Soberanía de los Pueblos“ (=ASP, Versammlung für die Souveränität der Völker) gegründet. Die ASP soll als Partei vor allem für die Bauern und Bäuerinnen fungieren, obwohl sie sich auch dazu bekennt, die Interessen anderer benachteiligter und/oder regimekritischer Bevölkerungsgruppen (ArbeiterInnen, LehrerInnen, Intellektuelle etc.) zu vertreten. Es mag überraschen, daß sich Teile der Bauernorganisation, die ja schon eine Art gewerkschaftliche Interessensvertretung darstellt, zu diesem Schritt einer Parteigründung entschlossen haben. Der ausschlaggebende Grund dafür liegt sicherlich in der Tatsache, daß sich eben als Partei die Möglichkeit bietet, direkt im lokalen politischen Geschehen aktiv zu sein, d.h. sich nicht nur auf eine kontrollierende Funktion zu beschränken.

Und tatsächlich ist es der ASP nicht nur gelungen, ihre Gründung gegen den Willen und die Intervention der etablierten Parteien durchzusetzen, sondern sich auch für die Gemeindewahlen im Dezember 1995 als Partei aufstellen zu lassen. Der doch beachtliche Erfolg bei diesen – die ASP

schiedenen Formen des jahrhundertlangen Widerstands gegen die Großgrundbesitzer – also wiederum ein lokal konzentriertes Agieren – zählen.

7 Vgl. dazu Temple (1989), der versucht hat, derartige Modelle und Konzepte darzustellen.

8 Es sei hier etwa auf das Schicksal verschiedenster Entwicklungsansätze (eigenständige, nachhaltige etc.) hingewiesen: Diese erschienen zunächst als revolutionäre Neuerung, bis sie von den etablierten Institutionen aufgegriffen und in deren Sinne vereinnahmt wurden, wodurch bisweilen die ursprüngliche Intention sogar umgekehrt wurde.

gewann in neun Gemeinden Cochabambas – erklärt wohl auch den Widerstand, den die Regierungsparteien der Gründung entgegengesetzten (Mair 1996, S. 187 ff). Dennoch beweist dieses Beispiel, daß sehr wohl auch die Machtlosen gewisse Chancen haben, sich im offiziellen System zumindest ansatzweise durchzusetzen bzw. dieses gegen die Mächtigen zu wenden. Allerdings darf dabei nicht vergessen werden, daß diese Strategie – das „Sich-Aneignen der Spielregeln“ – für die Machtlosen immer noch eine Anpassung und somit eine Art Zustimmung zum bestehenden System, das die Mächtigen vorgeben, darstellt.

Demokratisierung kann wohl prinzipiell als Chance für eine neue, gerechtere Gesellschaft begrüßt werden. Die Machtlosen sollten auch alle Möglichkeiten ausschöpfen, die das offizielle System diesbezüglich bietet. Darüber hinaus sollte aber nie die Entwicklung von echten Alternativen, mit denen sich die marginalisierten und unterdrückten Bevölkerungsgruppen tatsächlich identifizieren können, vernachlässigt werden. Nur so wird es möglich sein, daß diese sich selbst ermächtigen und ihre Zukunft, ihre „Entwicklung“ selbst in die Hand nehmen können. Ermächtigung ist also sicher kein Geschenk der Machtvollen an die Machtlosen, sondern vielmehr etwas, das die Machtlosen mühsam erkämpfen müssen.

Abstracts

This article tries to analyse the Bolivian "Participación Popular" (= P.P.) from the perspective of the Andean communities. The official version, this law (P.P.) is meant to empower all Bolivian citizens to participate in political life and to respect their interests. Yet the analysis reveals that P.P. not only offer opportunities, but also holes various risks for discriminated groups: In case of the Andean communities there is evidence that P.P. converted to a pseudo-democracy, where the existing distortions in the distribution of power remain disguised and governmental repression simply adapts to the new, neoliberal conditions. Still, in some cases, oppressed people have successfully resisted further disempowerment and convert of P.P. into an instrument for defending their own interests.

Dieser Artikel versucht eine Analyse der umstrittenen „Participación Popular“ (= P.P.) aus Sicht der andinen Dorfgemeinschaften. Dieses Gesetz der P.P. soll angeblich alle BolivianerInnen zur Teilnahme am politischen Geschehen ermächtigen bzw. die Wahrung ihrer Interessen garantieren. Die Analyse zeigt jedoch deutlich, daß die P.P. nicht nur Chancen, sondern auch Gefahren für marginalisierte Bevölkerungsgruppen in sich birgt. So droht sie für die andinen Dorfgemeinschaften zu einer inhaltslosen Scheindemokratie zu verkommen, in der bestehende Machtgefälle erfolgreich verschleiert und die

alten Unterdrückungsmechanismen an die neuen (neoliberalen) Bedingungen angepaßt werden. Und trotzdem – in einigen Fällen gelingt es den Unterdrückten doch, sich durch die P.P. nicht noch weiter entmachten zu lassen, sondern sie in den Dienst ihrer eigenen Interessen zu stellen.

Literatur

- Aké, C.: Die Demokratisierung der Machtlosigkeit in Afrika. In: Hippler, J. (Hrsg.): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1994, S. 59 – 82.
- Clegg, S. R.: Frameworks of Power. SAGE, London 1989.
- Dahl, R.: Pluralist Democracy in the United State: Conflict and Consent. Rand McNelly, Chicago 1967.
- Freire, P.: Pädagogik der Unterdrückten – Bildung als Praxis der Freiheit. Rowohlt Taschenbuch Verlag (Auflage 1973), Hamburg 1971.
- Friedmann, J.: Empowerment – The Politics of Alternative Development. Blackwell Publishers, Massachusetts 1992.
- Hippler, J.: Die Demokratisierung der dritten Welt nach dem Ende des Kalten Krieges. In: Hippler, J. (Hrsg.): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1994, S. 11 – 45.
- Iriarte, G.: Sindicalismo campesino – Ayer, hoy y mañana. CIPCA, La Paz 1980.
- Laakso, L.: Politisierung von Interessen, wirtschaftliche Rationalität und Demokratie im Süden. In: Hippler, J. (Hrsg.): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1994, S. 212 – 222.
- Mair, M.: Fortalecimiento organizativo de las comunidades andinas para un „etnodesarrollo“ en Bolivia. Diplomarbeit am Institut für Raumplanung und Regionalentwicklung, Wirtschaftsuniversität, Wien 1996.
- Menne, B.: Wir Frauen am Land – Ergebnisse regionaler Kultur- und Bildungsarbeit im Mühlviertel. Wiener Frauenverlag, Wien 1994.
- Novy, A.: Gegenmachtstrategien. In: Journal für Entwicklungspolitik, Nr. 3 (1996), S. 263 – 276.
- Rahnema, M.: Partizipation. In: Sachs, W.: Wie im Westen, so auf Erden. rororo, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 248 – 273.
- Regalsky, P.: Filosofía andina. Fundaciones Simón Patiño + Pro Bolivia, Genf 1994.
- Scott, J. C.: Domination and the Arts of Resistance – Hidden Transcripts. Yale University Press, New Haven/London 1990.
- Temple, D.: Estructura comunitaria y reciprocidad: Del quid-pro-quo histórico al economicidio. hisbol-CHITAKOLLA, La Paz 1989.
- Vargas, G.: La Ley de Participación Popular frente a los pueblos indígenas. CENDA (no publicado), Cochabamba 1994.